

GROSSER RAT

GR.23.27

VORSTOSS

Interpellation Rita Brem-Ingold, Mitte, Oberwil-Lieli, vom 17. Januar 2023 betreffend Medikamentenknappheit sowie Kommunikation zwischen Bund und Kanton

Text und Begründung:

Konventionelle Medikamente wie fiebersenkende Mittel für Kinder oder Grippemedikamente geraten in Lieferengpässe. Die Liste wird länger, denn spezifische Medikamente werden rarer und eine Ausweichlösung ist nicht in Sicht. Morphin für Schmerzpatienten in der letzten Lebensphase werden knapper. Die Versorgungssicherheit in der Schweiz ist nicht mehr sichergestellt, es ist nicht die Ausnahme, sondern trifft alle. Dass gewisse Rohstoffe zurzeit nicht importiert werden können, ist bekannt. Rezeptpflichtige Medikamente oder allgemein zugängliche sind laut Apotheken oft nicht erhältlich, bei den Rezepturen muss sich der Hausarzt überlegen, ist das noch zu haben? Bürgerinnen und Bürger aber fragen sich: "Ich bezahle immer höhere Krankenkassenprämien und bekomme nicht einmal mehr die gängigsten Medikamente. Oder muss ich meine lebenswichtige Therapie abbrechen? Oder womit kann man noch die Schmerzen lindern vor meinem Tod?" Die drohende Methadonknappheit wegen der Schliessung der Amino AG in Gebenstorf hat die Ängste zusätzlich befeuert. Das war für Suchtkranke im Entzug eine Hiobsbotschaft.

Aufgrund dieser Überlegungen bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

- Wie gut ist die Kommunikation zwischen Bund und Kanton, damit Missstände wie bei der Amino AG behoben werden können, bevor eine inländische Produktion gegründet? Wie kann die Kommunikation, die laut Medienberichten zu wünschen übriglässt, verbessert werden? Was könnte der Kanton Aargau dazu beitragen?
- Schweizer Pharmafirmen sind weltweit führend. Welches sind die Gründe, dass nicht zuerst unser Land mit den hier hergestellten Medikamenten versorgt wird?
- Ist der Aargauer Regierungsrat über die aktuelle Situation bezüglich Vorrat der Medikamente informiert bzw. herrscht Transparenz zwischen den Kantonen?
- Wie werden die Fragen und Anliegen des Kantons Aargau nach Bern übermittelt?

Mitunterzeichnet von 12 Ratsmitgliedern